

1. „Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ fortschreiben und ausfinanzieren

Im Januar 2017 wurde der Aktionsplan vom Hamburger Senat vorgestellt. Viele gute und zielführende Maßnahmen haben die Vereine und Verbände zusammen mit der Landesregierung erarbeitet. Der Aktionsplan konnte seit seiner Vorstellung jedoch nicht seine volle Wirksamkeit entfalten. Es fehlt an einer auskömmlichen Finanzierung, der Einrichtung zusätzlicher Stellen und vor allem an einer verbindlichen Terminierung zur Umsetzung der Maßnahmen. In der neuen Legislaturperiode kommt es auch darauf an, das Landesprogramm zu evaluieren, es fortzuschreiben und auch finanziell im Haushalt hinreichend auszustatten. Ferner müssen Projekte und Vereine der LSBTI*-Selbsthilfe langfristig abgesichert werden.

1.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der „Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ nicht nur fortgeschrieben und langfristig abgesichert wird, sondern dass auch Vereine und Initiativen an seiner Fortentwicklung weiter aktiv beteiligt werden und die Maßnahmen mit verbindlichen Umsetzungsterminen untersetzt werden?

Antwort CDU Hamburg:

Den Ankündigungen müssen jetzt konkrete Maßnahmen folgen. Anstelle lange Maßnahmenlisten zu erarbeiten würde die CDU mit der Community Prioritäten absprechen und diese vereinbarten Maßnahmen umsetzen.

1.2. Welche Vorschläge haben Sie, um sicherzustellen, dass LSBTI*-Beratungs- und Unterstützungsprojekte eine langfristige und auskömmliche Finanzierung erhalten?

Antwort CDU Hamburg:

Erfolgreiche Projekte würden wir nach einer Evaluierung fortsetzen. Um den ewigen Kampf um Verlängerung von Projekten und Stellen zu beenden, streben wir eine Verstärkung für einen festen Zeitraum an, um den Nutzern und Beschäftigten Sicherheit und Verlässlichkeit zu geben.

2. Lesbische Sichtbarkeit fördern - Aktivist*innen stärken

Lesben werden oft mitgemeint, wenn von „Frauen*“, LSBTI* oder Homosexuellen gesprochen wird. Dabei werden die Bedürfnisse und Belange von Lesben in Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit aber auch in der Community wenig bis gar nicht thematisiert. Lesben werden sowohl mit ihren Potentialen als auch mit ihren spezifischen Ausgrenzungserfahrungen ignoriert oder nur unzureichend wahrgenommen. So sind farbige Lesben, Lesben of Color, migrantische Lesben, körperlich und geistig beeinträchtigte Lesben, Lesben aus der Arbeiter*innenklasse, akademische und nicht akademische Lesben, Lesben mit Fluchterfahrung, alte Lesben und lesbische Transfrauen zusätzlich von Mehrfachdiskriminierung betroffen. Der Lesbenverein Intervention e.V. und das mhc, die sich in diesem Feld in Hamburg engagieren, greifen auf begrenzte Projektmittel oder entsprechende hauptamtliche Stellen zurück.

2.1. Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das im Jahr 2020 /2021 Schwerpunktthema im Rahmen des Hamburger „Aktionsplans für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ wird und hier spezifische Veranstaltungen und Projekte gefördert werden

Antwort CDU Hamburg:

Alle Beteiligten sollten sich auf das Schwerpunktthema verständigen. Wir halten das Thema für gut und würden uns dafür einsetzen. Sollte dies im Jahr 2020/2021 das Thema „Lesbische Sichtbarkeit“ werden, so unterstützen wir dies selbstverständlich.

2.2. Werden Sie sich dafür stark machen, dass das Thema „Lesbische Sichtbarkeit“ bei der Fortentwicklung des Aktionsplans ebenfalls als ein Handlungsfeld mit aufgenommen wird und für die Umsetzung die hauptamtliche Struktur einer Koordinationsstelle „Lesbische Sichtbarkeit“ geschaffen wird?

Antwort CDU Hamburg:

Die Aufnahme als Handlungsfeld sollten alle Beteiligten gemeinschaftlich diskutieren. Die Notwendigkeit einer eigenen Koordinationsstelle „Lesbische Sichtbarkeit“ werden wir prüfen und alternative Lösungen - Mitbetreuung durch vorhandenen Koordinierungsstellen oder Projekte - prüfen.

3. Vielfalt und Respekt in Schule und Bildung fördern

Schulen sollen Orte sein, an denen sich alle Schüler*innen sicher und wertgeschätzt fühlen. Dies ist jedoch oft nicht der Fall. So sind für LSBTI*-Kinder und Jugendliche an vielen Schulen Ausgrenzung und Mobbing ein Problem – mitunter bis zu Gewalt. Ausgrenzung, Einschüchterung und der Zwang, sich zu verleugnen, bedeuten starke psychische Belastungen. Gesellschaftliche Vielfalt gehört zum heutigen Alltag und Schule muss darauf vorbereiten. Kinder und Jugendliche müssen darin bestärkt werden, ein positives und akzeptierendes Selbstbild zu entwickeln, damit sie sich gegen Diskriminierungen behaupten können. Die Sichtbarkeit von vielfältigen Identitäten in Schule und Unterricht ist ein wichtiger Bestandteil davon.

Gegenwärtig hängt es in Hamburg immer noch stark von Lehrenden ab, ob LSBTI*-Identitäten und vielfältige Familienformen außerhalb des Fachs Biologie im Unterricht sichtbar werden oder eben nicht. Hier braucht es verbindliche Regelungen, eine Sammlung Beispiele guter Praxis für Unterrichtssequenzen/-reihen und Ansprechpersonen an Schulen und Schulämtern.

3.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Aufnahme von LSBTI*-Themen in die Rahmenlehrpläne aller Schularten verbindlich sichergestellt und die Entwicklung von Regenbogenkompetenz (diskriminierungsfreier Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt) fächer- und jahrgangsübergreifend gefördert wird?

Antwort CDU Hamburg:

Bildung ist aus unserer Sicht das entscheidende Thema, um langfristig Akzeptanz und Toleranz zu erreichen. Mit der Community werden wir die Defizite besprechen und in Zusammenarbeit mit Schüler*innen, Lehrer*innen und Schulbehörde die konkreten Maßnahmen festlegen, um das beschriebene Ziel zu erreichen.

3.2. Welche Ideen haben Sie, um dafür zu sorgen, dass vielfaltsabbildende Unterrichtsmaterialien (bspw. Schulbücher und Arbeitsblätter) für Lehrkräfte und Erziehende im Vorschulbereich sowie in der Grundschule und in den Sekundarstufen 1 und 2 angeboten und auch genutzt werden?

Antwort CDU Hamburg:

Die Praktiker wissen am besten, was für die einzelnen Zielgruppen am sinnvollsten ist. Diese Vorschläge wollen wir befördern und umsetzen.

3.3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog*innen Eingang findet und entsprechende Seminare regelmäßig angeboten werden?

Antwort CDU Hamburg:

Dies halten wir für erforderlich.

3.4. Wollen Sie dafür sorgen, dass in Schulämtern und an Schulen fachlich kompetente Ansprechpersonen für vielfältige Lebensweisen und Identitäten benannt und gefördert werden?

Antwort CDU Hamburg:

Es gibt ja schon Projekte, die dies ehrenamtlich anbieten. Diese tolle Arbeit würden wir gerne auf sichere Beine stellen. Sollte ehrenamtliche Arbeit nicht ausreichen wollen wir dies wohlwollend prüfen.

3.5. Befürworten Sie den bedarfsgerechten Ausbau der pädagogischen Anleitung, Schulung und Koordinierung der Einsätze des Aufklärungsprojektes SOORUM?

Antwort CDU Hamburg:

Die Arbeit ist wichtig und einen bedarfsgerechten Ausbau werden wir fördern und befürworten.

4. Diskriminierung und Hassgewalt entgegenwirken

Diskriminierung und Anfeindungen gegenüber LSBTI* im Alltag sind noch nicht überwunden. Anfeindungen in der Öffentlichkeit gehören für viele immer noch zur Lebensrealität. Oftmals schränken sie sich in der Öffentlichkeit ein, um nicht als LSBTI* aufzufallen und zum Angriffsziel zu werden. Homosexuellen- und trans*feindliche Gewalt richtet sich jedoch nicht nur gegen LSBTI*, sondern auch gegen all jene, denen eine Zugehörigkeit zu dieser gesellschaftlichen Gruppe zugeschrieben wird.

4.1. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Anzeigeverhalten von LSBTI* zu stärken, wenn sie durch hass- bzw. vorurteilsmotivierter Straftaten betroffen wurden?

Antwort CDU Hamburg:

Die Anzahl der LSBTI* Ansprechpartner bei der Polizei werden wir verstärken. Zu prüfen ist, ob LSBTI* Ansprechpartner bei der Staatsanwaltschaft erforderlich und sinnvoll sein können. Werbekampagne: Es gibt Ansprechpartner die helfen.

4.2. Beabsichtigen Sie sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen?

Antwort CDU Hamburg:

Die Polizei selbst spricht von einer geringen Anzahl von Anzeigen und vermutet eine hohe Dunkelziffer. Wir werden gerne prüfen, ob durch eine solche Studie neue Erkenntnisse gewonnen werden können.

4.3. Berlin ist derzeit das einzige Bundesland, das jährlich Zahlen zu homosexuellen- und trans*feindlicher Hasskriminalität veröffentlicht. Werden Sie in Ihrer Amtszeit dafür sorgen, dass diese Zahlen auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Hamburg extra ausgewiesen werden?

Antwort CDU Hamburg:

Eine Veröffentlichung sorgt für Transparenz. Gerne werden wir den Vorschlag prüfen.

5. Regenbogenfamilien stärken

Tausende Kinder wachsen derzeit in Deutschland in Familien mit mindestens einem lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*- und/oder intergeschlechtlichem Elternteil auf. Eine moderne Familienpolitik sollte alle Menschen unterstützen, die Kindern in ihrem Leben einen Platz geben und ihnen helfen zu wachsen und sich gut zu entwickeln. Es gibt vielfältige Formen von Familie. Regenbogenfamilien gehören genauso dazu, wie Mehrelternmodelle oder auch Alleinerziehende.

5.1. Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe oder des Familienalltags in Hamburg und vor allem in den Bezirken zu fördern?

Antwort CDU Hamburg:

Auch hier ist Bildung der entscheidende Schlüssel. Diese Themen gehören in die Ausbildung von Mitarbeit*innen in der Verwaltung.

Anweisungen sind daraufhin zu prüfen, ob die beschriebenen Themen ausreichend Berücksichtigung finden.

5.2. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien in Hamburger Kindertagesstätten und Schulen berücksichtigt und akzeptiert werden?

Antwort CDU Hamburg:

Akzeptanz und Toleranz in der Gesellschaft ist die Voraussetzung. Fortbildung in der Ausbildung von Pädagogen und Erziehern muss dies begleiten.

6. Respekt und Akzeptanz von LSBTI* in der Arbeitswelt erhöhen

Die Akzeptanz von LSBTI* in der Arbeitswelt ist deutlich gestiegen. LSBTI*-Beschäftigte erleben jedoch am Arbeitsplatz leider immer noch Ausgrenzung, Mobbing und Diskriminierung. Viele Institutionen und Positionen sind offen schwul, lesbisch oder trans* lebenden Menschen faktisch weiterhin verschlossen. Nicht wenige fühlen sich immer noch genötigt, ihre sexuelle Orientierung zu verbergen und ein Doppelleben mit heterosexueller Fassade zu führen, insbesondere am Arbeitsplatz. Trans*- und intergeschlechtliche Menschen machen ähnliche Erfahrungen. Es gilt eine diskriminierungsfreie Arbeitswelt zu verwirklichen.

6.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Regenbogenkompetenz - d.h. den professionellen und diskriminierungsfreien Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt - von Führungskräften im Hamburger Landesdienst zu erhöhen?

Antwort CDU Hamburg:

Wir werden prüfen, ob die Ausbildung von Führungskräften diese Thematik ausreichend berücksichtigt oder ob es andere Gründe für Diskriminierung gibt. Gibt es eine gewollte Diversity-Strategie?

6.2. Beabsichtigen Sie Maßnahmen zu ergreifen, um bei privatwirtschaftlichen Unternehmen und kirchlichen Trägern für die Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten zu werben und ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld zu fördern? Falls ja, welche konkreten Ideen haben Sie hierzu?

Antwort CDU Hamburg:

Diversity als Vorteil. Die CDU wird darauf hinwirken und dafür werben, dass sich mehr Unternehmen der Charta der Vielfalt verpflichten. Aus unserer Sicht darf es auch in kirchlichen Einrichtungen keine Diskriminierung geben. Dieses Thema kann in vielen Gesprächen immer wieder angesprochen werden.

7. Regenbogenkompetenz im Sport erhöhen

Auch wenn viele Fußball- und Sportvereine auf Profi- und Amateurebene mittlerweile aktiv Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit entgegenwirken, kommt es in den Stadien und auf Sportplätzen immer wieder zu LSBTI*-feindlichen Entgleisungen. In Sporthallen und auf Fußballplätzen werden abwertende Einstellungen geprägt und verstärkt. Wir brauchen in Hamburg ein nachhaltiges Programm gegen LSBTI*-Feindlichkeit im Sport.

7.1. Werden Sie sich zukünftig dafür einsetzen, dass im Sport Antidiskriminierungsregeln, Vereinssatzungen und Stadionordnungen in der Art ergänzt werden, dass keine Person aufgrund ihrer sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden darf und die Sportarten allen Menschen gleichsam offen stehen?

Antwort CDU Hamburg:

Wir werden alle Maßnahmen unterstützen, die im Sport ein Klima der Vielfalt befördern. Diskriminierung im Sport wird nicht akzeptiert. Wie man dieses Ziel erreichen kann werden wir mit den Sportvereinen besprechen.

7.2. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Thema „Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten“ auch in Sportvereinen, Landesfachverbänden, Kreis- und Stadtsportbünde sowie weitere Sportinstitutionen ankommt?

Antwort CDU Hamburg:

Werben für Toleranz und Akzeptanz in den Gesprächen mit den Verbänden und konkrete Maßnahmen einfordern.

8. Queere Geflüchtete schützen - LSBTI*-inklusive Integration von Geflüchteten und Migrant*innen sicherstellen

In zahlreichen Ländern dieser Welt droht LSBTI* Gefahr für Freiheit, Leib und Leben. Einige fliehen vor Verfolgung und Unterdrückung nach Deutschland. Noch immer gibt es beträchtliche Hürden für verfolgte LSBTI* in Deutschland anerkannt zu werden. Damit für sie faire und qualifizierte Asylverfahren tatsächlich gewährleistet sind, muss ihre Situation kultursensibel und kompetent berücksichtigt werden. Auch unter den in Hamburg lebenden Migrant*innen gibt es LSBTI*. Sie erfahren häufig auch rassistische Diskriminierung, nicht selten auch in der LSBTI*-Community.

Psychosoziale und sozialarbeiterische Unterstützungsbedarfe, die zugewanderte Personen an zielgruppenspezifische Beratung und an fallorientierte Migrations- und Fluchtarbeit richten, sind nicht zuletzt durch bestehende Sprachbarrieren und ehrenamtlicher Sprachmittlung besonders vielfältig und herausfordernd. Die Hansestadt Hamburg hat 2017 LSBTI*-Geflüchtete als besonders schutzbedürftig eingestuft, die Finanzierung der damit verbundenen Koordinierungsstelle für die LSBTI* Migrations- und Fluchtarbeit läuft Ende 2020 aus.

8.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften (Sicherheitspersonal, Sozialarbeiter*innen, Leitungen, Sprachmittler*innen), in den Beratungseinrichtungen, sowie bei der Polizei eigens zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTI*-Geflüchteten fortlaufend geschult werden?

Antwort CDU Hamburg:

Da findet schon eine Menge statt. Wir werden prüfen, ob dies in der Einarbeitung ausreichend berücksichtigt wird. Nach unserem Kenntnisstand gibt es eher Probleme unter den Flüchtlingen selbst.

8.2. Wollen Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür engagieren, dass in Integrations- und Sprachkursen in der Verantwortung des Landes Hamburg die Lebenswirklichkeiten von LSBTI* ausdrücklich mit in die Unterrichtsmaterialien aufgenommen werden?

Antwort CDU Hamburg:

Das werden wir gerne befördern.

8.3. Wie wollen Sie dem Thema Mehrfachdiskriminierung von LSBTI*-Migrant*innen begegnen?

Antwort CDU Hamburg:

Wenn erforderlich, gibt es zum Schutz die Möglichkeit einer separaten Unterbringung. Dies befürworten wir.

8.4. Werden Sie die Arbeit der Koordinierungsstelle für LSBTI* Migrations- und Fluchtarbeit über das Jahr 2020 hinaus fördern und verstetigen?

Antwort CDU Hamburg:

Bei der Entscheidung ist die weitere Entwicklung der Zahl in Hamburg zu berücksichtigen. Die Entscheidung wird dann das Ergebnis einer fachlichen Prüfung sein.

9. Akzeptanz von Vielfalt in allen Lebensaltern verwirklichen

Zwischen schulischen, familiären und gesellschaftlichen Anforderungen, Erwartungen und Abhängigkeiten haben Jugendliche besondere Herausforderungen und Konflikte zu meistern. In dieser Phase fällt für LSBTI* zumeist ihr Coming-out. Ihre Lebenssituation wird daher zusätzlich durch den gesellschaftlichen, schulischen und elterlichen Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geprägt. Ähnliches gilt für die Gruppe der älteren und alten LSBTI*. Einschränkungen von Mobilität und Gesundheit führen zu Verlust von Autonomie und sozialen Kontakten, der für LSBTI* aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität massive Auswirkungen hat. Sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten und stationären Angebote sind zumeist nicht für die Bedürfnisse und Lebenslagen älterer LSBTI* ausgerichtet.

Seit 2010 werden für ältere lesbische und schwule Menschen im Magnus-Hirschfeld-Centrum vielfältige Veranstaltungen, Gruppen Initiativen und Workshops zum Thema LSBTI* und Alter, Pflege und Senior*innen initiiert und durchgeführt. Es zeigt sich, dass kurzzeitige Bemühungen ohne finanzielle Mittel nicht zu nachhaltiger konzeptioneller Berücksichtigung von Diversität im Regelangebot der Altenhilfe und Senior*innenarbeit führen. Gleiches zeigt sich bei dem im September initiierten Angebot für Lesben beim Lesbenverein Intervention. Das Recht auf ein angstfreies und offenes Leben sollte in allen Lebensphasen verwirklicht werden.

9.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Mitarbeitenden in den Einrichtungen der Hamburger Altenhilfe und –pflege bereits in ihrer Ausbildung verbindliche Ausbildungsmodulare zum Thema „Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alter“ durchlaufen müssen und die Regenbogenkompetenz der Fachkräfte erhöht wird?

Antwort CDU Hamburg:

Soweit Hamburg auf die Gestaltung der Ausbildungsinhalte Einfluss nehmen kann sollte geprüft werden, welche Anpassungen oder Schulung-Maßnahmen sinnvoll sind.

9.2. Wollen Sie zukünftig Modellprojekte unterstützen, die neue Wohnformen im Alter bzw. zielgruppenspezifische Wohngemeinschaften für alte und pflegebedürftige LSBTI* in Hamburg etablieren wollen? Falls ja, welche konkreten Ideen haben Sie dazu?

Antwort CDU Hamburg:

Hier kommt es auf die Wünsche und Bedarfe an. Wenn spezifische Projekte gewünscht und benötigt werden, können wir uns das vorstellen. Ziel sollte es aber sein, dass die Akzeptanz und Toleranz in Alten- und Pflegeheimen oder Wohnprojekten so zunimmt, dass separate Lösungen nicht mehr erforderlich sind.

9.3. Welche Ideen haben Sie, um Jugendliche und junge Erwachsene beim Coming-out zu unterstützen und die Regelstrukturen der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe sowie die Freizeiteinrichtungen in Verantwortung des Landes Hamburg zum Themenfeld „Coming-out“ zu professionalisieren?

Antwort CDU Hamburg:

Da hilft nur die Diskussion mit den Beteiligten um zielgenaue Maßnahmen zu entwickeln, die ein Klima schaffen, in dem das coming out erleichtert wird. Einrichtungen könnten sich der Vielfalt

verpflichten. Gibt es ausreichend niedrigschwellige Beratungsangebote oder Wohnprojekte für junge Erwachsene, wenn es in der Familie zu Konflikten kommt?

9.4. Werden Sie Mittel für eine Koordinierungs- und Vernetzungsstelle bereitstellen, um zwischen den Bedürfnissen von älteren LSBTI*Personen, den bestehenden Angeboten der Community und den Angeboten des Regelsystems zu vermitteln und zu sensibilisieren? Falls nicht, was spricht aus Ihrer Sicht dagegen?

Antwort CDU Hamburg:

Eine Vernetzung ist immer sinnvoll. Dies wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten diskutieren. Dabei kann eine Erweiterung der Aufgaben einer vorhandenen Koordinierungsstelle herauskommen oder eine ganz andere die Lösung. Die Frage der Finanzierung muss geklärt werden, wenn eine sinnvolle Lösung gefunden wurde.

10. Vielfalt in Funk und Fernsehen in Hamburg

Im März 2015 hatte die Landesregierung von Thüringen dafür gesorgt, dass 54 Jahre nach der Unterzeichnung des ersten ZDF-Staatsvertrages LSBTI* erstmals im Fernsehrat vertreten sein konnten. Die Entsendung hat Vorbildfunktion für die Gremien aller öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Medienanstalten, die noch keine angemessene Vertretung von LSBTI* haben. Die Vielfalt unserer Gesellschaft muss sich auch in den Rundfunk- und Medienanstalten abbilden. Auch das Land Hamburg hat es in der Hand dafür zu sorgen, dass zukünftig auch LSBTI* in der Medienanstalt und im Rundfunkrat des NDR vertreten sein können.

10.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es in der Medienanstalt Hamburg, Schleswig-Holstein und im Rundfunkrat des NDR zukünftig auch wie im ZDF-Rundfunkrat eine LSBTI* Selbstvertretung gibt?

Antwort CDU Hamburg:

Wir stehen der Diskussion offen gegenüber und könnten uns das vorstellen.

11. Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

Die historische und bis in die Gegenwart anhaltende Stigmatisierung und Pathologisierung von LSBTI* fügen Menschen schweren Schaden zu. Psychiatrie und Medizin sowie alle im Gesundheitswesen tätigen Menschen, Organisationen und Institutionen müssen LSBTI* vorurteilsfrei gegenüberstehen. Patient*innen und Behandlungssuchende im Gesundheitsbereich befürchten und erleben oft negative Reaktionen, wenn sie ihre sexuelle und/oder geschlechtliche Identität ansprechen müssen. Das beeinträchtigt die gesundheitliche Versorgung. In der Aus- und Fortbildung im Gesundheitswesen sind generell Themenbereiche wie gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Trans*- und Intergeschlechtlichkeit sowie die Auswirkungen von Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit stärker zu berücksichtigen. Eine gelungene HIV-Prävention und die Prävention vor sexuell übertragbaren Infektionen (STI) hängen auch von diskriminierungsfreien Lebensumständen dieser vulnerablen Gruppe ab.

11.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?

Antwort CDU Hamburg:

[Hier eingeben]

Bei der Ausbildung von Ärzt*innen, Lehrer*innen, Kranken- und Pflegepersonal muss diese Sicht, LSBTI* Patient*innen vorurteilsfrei gegenüberzutreten, ein fester Bestandteil werden. Nur dadurch lassen sich Vorurteile und Stigmatisierung abbauen.

11.2. Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI*-Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Antwort CDU Hamburg:

Antwort wie bei 11.1.

11.3. Welche Maßnahmen wollen sie unterstützen, um die sexuelle Gesundheit von LSBTI* zu fördern?

Antwort CDU Hamburg:

Der CDU Gesundheitsminister Spahn macht da gute Arbeit. Die ärztliche Versorgung in Hamburg ist gut. Wen es neue Themen gibt, so wollen wir die möglichen Lösungen mit den Beteiligten besprechen und uns dann im Bundesrat bzw. Bundestag dafür einsetzen.

11.4. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?

Antwort CDU Hamburg:

Die Situation von transgeschlechtliche Menschen ist noch komplizierter. Hier Akzeptanz und Toleranz in der Gesellschaft zu erreichen ist eine besondere Herausforderung. Mit den Experten müssen wir klären, wo und welchen Handlungsbedarf es gibt um Versorgungslücken zu schließen.

12. Hamburg tritt für Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten in der Bundespolitik ein

Das Land Hamburg muss sich auch zukünftig auf Bundesebene für die Belange von LSBTI* einzusetzen. Zu den wichtigsten Themen im Bundesrat gehört beispielsweise die Ergänzung von Artikel 3, Abs. 3 im Grundgesetz um das Merkmal „sexuelle Identität“ und die Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts für eine Absicherung von Kindern in Regenbogenfamilien.

12.1. Wollen Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal „sexuelle Identität“ ergänzt wird?

Antwort CDU Hamburg:

In der CDU gibt es eine differenzierte Diskussion. Es gibt Vorteile und Nachteile den Artikel 3 GG zu ergänzen. Die CDU Hamburg wird das Gespräch und die Diskussion mit der Community führen und dann abwägen. Die Lesben und Schwulen in der Union setzen sich im Bund und in Hamburg dafür ein.

12.2. Werden Sie sich im Bundesrat für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts einsetzen, um die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien zu beenden und auch Mehrelternfamilien gesetzliche Anerkennung zu verschaffen?

Antwort CDU Hamburg:

Die CDU befürwortet die Anpassung des Familien- und Abstammungsrechtes. Die Diskussion über die Anpassungen ist innerhalb der CDU noch nicht abgeschlossen. Die Diskussion werden wir auch hier mit der Community führen.

13. Hamburg setzt sich für die Menschenrechte von LSBTI* ein

Hamburg unterhält eine Vielzahl an internationalen Beziehungen und empfängt regelmäßig internationale Gäste und Delegationen. Darunter auch aus Staaten, in denen Homosexualität kriminalisiert ist und LSBTI* geächtet und verfolgt werden. Diese Besuche bieten Gelegenheit, die Menschenrechte von LSBTI* anzusprechen und deutlich zu machen, dass der Schutz von Minderheiten zu den demokratischen Grundwerten gehört. Das Land Hamburg unterstützt seit 10 Jahren den LSBTI*-Fachkräfteaustausch des LSVD Hamburg zwischen Hamburg und St. Petersburg. Das Programm hat dafür gesorgt, dass die Partner*innen aus St. Petersburg in ihrer wichtigen und oft bedrohten Arbeit unterstützt und gestärkt werden. Auf Hamburger Seite hat der regelmäßige Kontakt viele neue Impulse für die Arbeit gegeben.

13.1.

Beziehungen und der Entwicklungszusammenarbeit der Hansestadt Hamburg zu integrieren?

Antwort CDU Hamburg:

Die CDU Hamburg setzt sich immer für die demokratischen Grundrechte und den Schutz von Minderheitenrechten ein. Die Integration im 'beschriebenen Sinn ist daher selbstverständlich.

13.2. Werden Sie den Fachkräfteaustausch im Rahmen der Städtepartnerschaft Hamburg Petersburg fortführen und den LSVD Hamburg weiter bei seiner internationalen Menschenrechtsarbeit unterstützen?

Antwort CDU Hamburg:

Diese ehrenamtliche und vorbildliche Arbeit des LSVD-Hamburg werden wir weiterhin unterstützen und fördern.